



Erklärungsbedarf: Regierungsrätin Barbara Janom Steiner und Andrea Seifert, Vorsteher der Finanzverwaltung, erklären die plötzliche **Vermehrung des Eigenkapitals**. (FOTO YANIK BÜRKLII)

Mit prall gefülltem Sparschwein in die roten Zahlen

Mit **2,6 Milliarden Eigenkapital** steigt Graubünden zehn Jahre nach dem letzten Sparpaket in den **Kampf gegen Budgetdefizite**. 2014 droht ein **Minus von 58 Millionen**.

► NORBERT WASER

«Graubünden geht es immer noch sehr gut», so das Fazit von Finanzdirektorin Barbara Janom Steiner anlässlich der Präsentation des Budgets 2014 im Grossratsgebäude. Wie dieses in der Dezember-Session zwei Stockwerke tiefer im Grossen Rat aufgenommen werden wird, bleibt abzuwarten. An Verlockungen für neue Bergeshöhepunkte wird es nicht fehlen, präsentierte doch gestern der Vorsteher der Finanzverwaltung, Andrea Seifert, erstmals

die Zahlen des neu bewerteten Vermögens (nach HRM2), wie es Grossrat Bruno Tschöll (BDP, Chur) seit Jahren gefordert hatte. Und siehe da: Das Finanzvermögen ist von 1,7 auf 2,8 Milliarden Franken gestiegen, das Verwaltungsvermögen von 662 auf 945 Millionen. Das ergibt ein Eigenkapital von 2,6 Milliarden Franken. «Deswegen hat der Kanton aber keinen Franken mehr in der Kasse», warnte Regierungsrätin Barbara Janom Steiner vor falschen Schlüssen. Obwohl diese Zahl nun die tatsächlichen Verhältnisse der

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage abbildet («True an fair View») verändert sich der finanzielle Spielraum dadurch nicht, weil dieses Vermögen in Anlagen und Infrastrukturgebunden ist.

Dafür, dass kein Übermut aufkommt, sorgt bereits das gestern präsentierte Budget 2014. Dieses sieht ein Defizit von 58 Millionen vor. Noch düsterer sehen die Zahlen im Finanzplan 2015–2017 aus, mit Defiziten gegen 100 Millionen.

«Da ist nicht mehr viel Luft drin»

Erwartet werden sie schon lange, die **roten Zahlen** in der Jahresrechnung des Kantons. 2014 könnten sie Tatsache werden, weil die **Defizitgrenze von 50 Millionen** nur mit **optimistischer Budgetierung** eingehalten werden konnte.

► NORBERT WASER

Bereits vor einem Jahr hat Regierungsrätin Barbara Janom Steiner einen Farbwechsel in der Jahresrechnung angekündigt. Obwohl mit 57,2 Mio. (Vorjahr 52,5 Mio.) im Budget 2014 ein Defizit in ähnlicher Höhe budgetiert wird, sind die Befürchtungen, dass erstmals seit dem letzten grossen Sparprogramm 2003 wieder rote Zahlen erscheinen könnten, ziemlich realistisch. «Da ist nicht mehr viel Luft drin», unterstrich der «Mann der Zahlen», Andrea Seifert, Vorsteher der Finanzverwaltung, die Ankündigung seiner Departementschefin an der gestrigen Medienkonferenz.

Hier sieht der Kanton rot

Damit die finanzpolitische Vorgabe – Obergrenze 50 Mio. Budgetdefizit – eingehalten werden konnte, waren einige Kniffs nötig. So wird nach zwei Jahren Unterbruch wieder eine (nicht garantierte) Ausschüttung der Nationalbank (16,5

2013 mit schwarzer Null?

Bereits das Budget 2013 sah ein Defizit von 53 Millionen vor. Wie Regierungsrätin Barbara Janom Steiner gestern bekanntgab, dürfte aber die **Jahresrechnung 2013** nochmals ausgeglichen abschliessen. «Die schwarze Null ist in Reichweite», sagte die Finanzdirektorin. Bei einem Budget im Umfang von knapp 2,5 Milliarden Franken lägen solche Abweichungen im «Streubereich». Gemäss Vorgabe des Grossen Rates gilt beim Budgetdefizit eine Obergrenze von 50 Millionen Franken. (NW)

Mio.) einkalkuliert. Nachdem die Steuereinnahmen im laufenden Jahr höher ausgefallen sind als erwartet, wurde für 2014 angesichts der Wachstumsprognosen mit einem Plus von 3,7 Prozent optimistisch budgetiert. Davon entfallen neun Millionen auf Steuererträge natürlicher Personen, zehn Millionen auf juristische. Die Beiträge an Dritte wachsen weiter (siehe Grafik) und bergen immer wieder auch Überraschungen. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor bleibt die Entwicklung auf Bundesebene und deren Auswirkungen auf die Finanzströ-

me zwischen dem Bund und den Kantonen. Für 2014 wird mit 25 Mio. tieferen NFA-Zahlungen gerechnet.

Es wird kräftig investiert

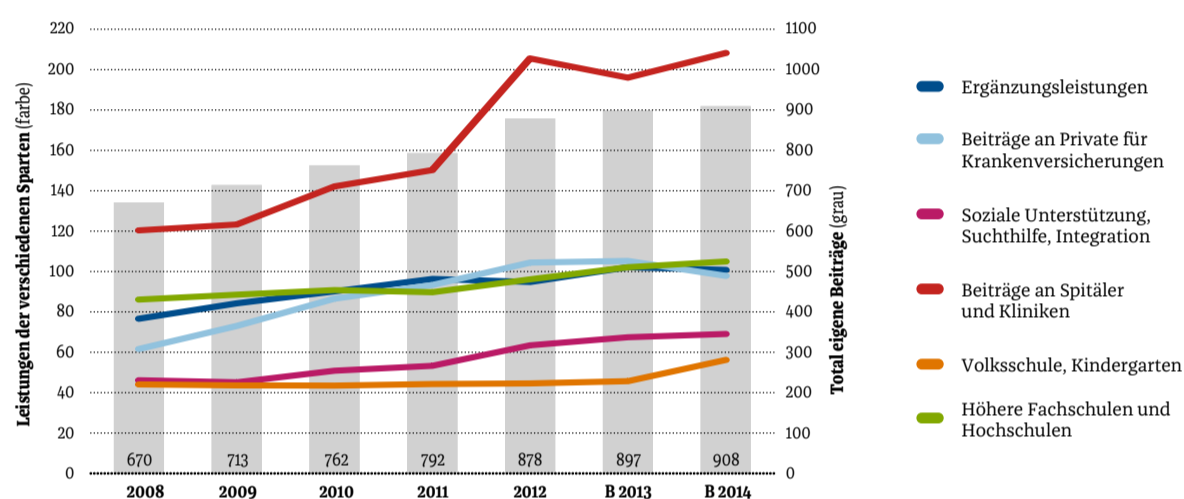
Obwohl die vom Kanton getätigten Investitionen nur noch zu 38 Prozent aus eigenen Mitteln finanziert werden können, wird auch 2014 kräftig investiert. «Eine verlässliche Investitionspolitik des Kantons ist wichtig», sagte Janom Steiner. So sollen 2014 Investitionen im Umfang von 408 Millionen (+11) direkt oder über Beiträge an Dritte getätigt werden. Für den Bau und Unterhalt

der Kantonsstrassen sind 193 Millionen vorgesehen, 80 Millionen davon stammen aus dem Reinertrag des Strassenverkehrsamtes.

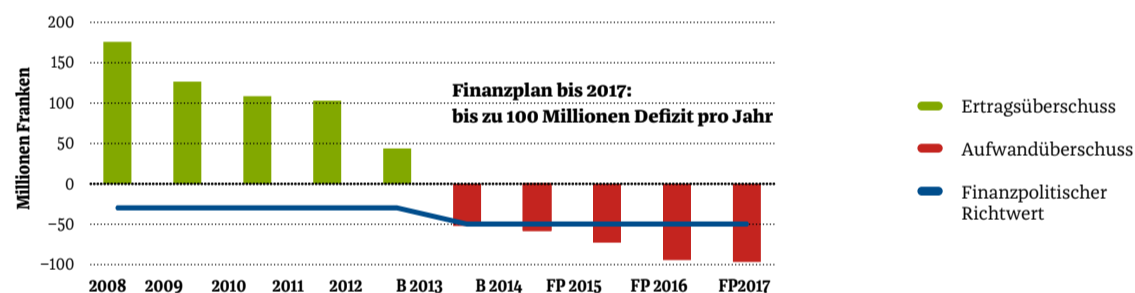
Düstere Perspektiven zeigt der überarbeitete Finanzplan 2015–2017. Die Erfolgsrechnung sieht Defizite zwischen 73 und 97 Millionen Franken vor. «Noch steht kein Sparprogramm bevor», sagte Departementsvorsteherin Barbara Janom Steiner. «Es besteht aber Handlungsbedarf, da sich am Trend steigender Ausgaben bei gleichzeitig unsicherer Ertragslage im Grundsatz nichts geändert hat.»

Beiträge an Dritte und Finanzplan

Entwicklung der Beiträge an Dritte



Entwicklung der Kantonsfinanzen seit 2008 und Aussichten gemäss Finanzplan bis 2017 in Millionen Franken



NACHGEFRAGT

«Wir haben keinen Franken mehr in der Kasse»

Durch eine neue Form der Rechnungslegung hat sich das **Eigenkapital** des Kantons **mehr als verdoppelt**. Finanzdirektorin **Barbara Janom Steiner** erklärt, was das für ihre Arbeit und das **Budget 2014** bedeutet.

BÜNDNER TAGBLATT: Sie warnen schon seit Jahren vor einem finanzpolitischen Klimawandel. Nun zeigt sich, dass der Kanton mehr als doppelt so viel Eigenkapital besitzt als bisher ausgewiesen. Mit 2,6 Milliarden Franken auf der hohen Kante hat man eine solide «Erdbebenversicherung» ...

BARBARA JANOM STEINER: Die 2,6 Milliarden ausgewiesenes Eigenkapital sind zwar sehr positiv, deswegen haben wir aber keinen einzigen Franken mehr in der Kasse. Der finanzielle Spielraum wird dadurch nicht grösser.

Das neue Rechnungslegungsmodell mit der Bezeichnung HRM2 soll für mehr Transparenz sorgen und die tatsächlichen Vermögenswerte aufzeigen. Wie erklären Sie da dem Steuerzahler einen Anstieg von der bisher bekannten «runden Milliarde» auf 2,6 Milliarden?

Das ist auf die neuen Bewertungsvorschriften zurückzuführen. Das Finanz- und Verwaltungsvermögen wurde neu bewertet, so werden beispielsweise Kurswerte nun zu 100 Prozent berücksichtigt und auch die Immobilien wurden neu beurteilt. Das alles bringt aber, wie gesagt, keinen einzigen Franken in die Kasse.

Aus dem nationalen Finanzausgleich erhält Graubünden nächstes Jahr weniger Geld. Ist das nicht ein Indiz dafür, dass es dem Kanton auch tatsächlich besser geht?

Auch das ist ein trügerischer Rückschluss. Wir bekommen zwar tatsächlich 25 Millionen Franken weniger aus dem Finanzausgleich, das hängt aber vor allem damit zusammen, dass mit dem Basisjahr 2007 ein schwaches Jahr aus der Berechnung wegfällt. Wir sind um 2,9 Indexpunkte ressourcenstärker geworden, das ist zwar erfreulich, deshalb bekommen wir nun weniger. Weil dies aber zeitverschieben eintritt, erfolgt diese Kürzung nun in einem Moment, in dem wir auf das Geld angewiesen wären. Das war aber absehbar. Mehr Sorgen bereitet uns der Bereich Beiträge an Dritte, bei dem ein Kostenwachstum zu verzeichnen ist, das wir mit dem Wirtschaftswachstum nicht auffangen können.

Auch die Steuereinnahmen sind gestiegen. Deutet das darauf hin, dass es auch den Firmen und der Bevölkerung besser geht?

Die Steuereinnahmen fallen im laufenden Jahr besser aus als budgetiert, das stimmt. Für 2014 haben

wir aber eher optimistisch budgetiert, nicht nur bei den Steuereinnahmen. Der Konjunkturmangel hat sich aber tatsächlich auch etwas aufgehellt.

Gleichzeitig müssen Gemeinden wie Chur und Davos harte Sparpakete schnüren. Was sagen Sie da den Gemeindevertretern im Grossen Rat?

Dass sie der Reform des Finanzausgleichs zustimmen sollen, dann gibt es auch für die Gemeinden Entlastungen, die auch bei den Zentrums-gemeinden für eine Verbesserung der Budgets sorgen werden.

Und wie sehen Sie die Perspektiven für den Kanton?

Die Zahlen im Finanzplan des Kantons sehen in den nächsten Jahren Defizite bis 100 Millionen vor. Da gilt es, rechtzeitig Gegensteuer zu geben. Es stehen auch grosse Investitionsvorhaben bevor, so die Justizvollzugsanstalt in Realta mit einer Investitionssumme von über 100 Millionen. Mit gewisser Sorge sehen wir auch den Diskussionen um den Finanzausgleich Bund/Kanton entgegen.

Ihre Wiederwahl im nächsten Jahr scheint im aktuellen Umfeld unge-

führt. Machen diese Zahlen auch Lust auf vier weitere Jahre im Finanzdepartement?

Ich würde gerne nach den Wahlen die aufgegleisten Reformprojekte weiterführen. Der Finanzhimmel dürfte sich aber durchaus noch etwas mehr aufhellen.

Regierungsrätin Barbara Janom Steiner ist Vorsteherin des Departements für Finanzen und Gemeinden



Muss die wundersame Vermögensvermehrung erklären: **Barbara Janom Steiner.** (YB)

KOMMENTAR

Staatsfinanzen im grünen Bereich

► CLAUDIO WILLI über das Budget des Kantons

Eine Zahl mag erstaunen: Sozusagen über Nacht ist der Kanton um eine Milliarde Franken reicher geworden. Das Eigenkapital, das bereits mit einer Milliarde ein stattliches fettes Polster bildete, ist auf 2,6 Milliarden gewachsen. Dies allerdings nur buchhalterisch, ohne um einen Franken reicher zu sein, wie Finanzministerin Barbara Janom Steiner dieses Phänomen zu relativieren suchte, um keine falschen Begehrlichkeiten im Grossen Rat zu wecken.

Obgleich keine schweren Gewitterwolken über den Bündner Bergen dräuen, so wurden doch wieder rote Zahlen prognostiziert, und dies mit stetig wachsender Tendenz – laut Finanzplanung werden sie in wenigen Jahren gegen hundert Millionen erreichen. Grund genug für die Finanzministerin, in bewährter Tradition der Kassenwarte, den Mahnfinger zu erheben und auf Unwägbarkeiten hinzuweisen. Dazu gehört, dass der Handlungsspielraum ohnehin beschränkt ist, da die Hälfte der Einnahmen des Kantons aus Bundesbern zufließen, die an gesetzliche Vorgaben gebunden sind. Am Tropf von Bundesbern zu hängen hat seine Risiken: Die Sorgen sind weitgehend nicht hausgemacht, wenn auch Graubünden als grösster Flächenkanton schweizweit die grössten Infrastrukturkosten pro Kopf der Bevölkerung zu tragen hat.

Im Vergleich mit anderen Kantonen steht Graubünden dank seines stattlichen Nettovermögens auf solider finanzieller Grundlage. Gewiss waren es zum grossen Teil auch ausserordentliche Erträge wie der GKB, die seinerzeit in die Kantonskasse flossen. Jetzt zahlt sich aus, dass das Tafelsilber trotz unüberhörbarer Begehrlichkeiten nie leichtfertig verschertelt wurde. Dies erlaubt nun auch in schwierigeren Zeiten, mit Investitionen die Wirtschaft nach Möglichkeit in Fahrt zu halten.

Ein weiterer Grund für die angespannte, aber alles andere als hoffnungslose Lage liegt sicher auch darin, dass es in Graubünden nie zu so starken konjunkturellen Ausschlägen wie im Unterland kam. Dort sind einige Kantone in Schieflage geraten, die nun den Gürtel enger schnallen müssen – ohne Sparpakete, gar Steuererhöhungen oder das Anzapfen von Reserven kommen viele Kantone nicht mehr über die Runden. Dass die Staatsrechnung jeweils positiver ausfällt als budgetiert, nimmt man vor diesem Hintergrund gerne in Kauf. Deshalb darf Graubünden – wenn selbst die Finanzministerin «einen Silberstreifen» am Horizont ausmacht –

auch in einem schwieriger gewordenen Umfeld zuversichtlich in die Zukunft blicken.

CLAUDIO WILLI ist Regionalredaktor. cwilli@buendnertagblatt.ch



Kanton übt Kritik am Bund

ASYLWESEN Die Regierung begrüsst eine Neustrukturierung des Asylbereiches grundsätzlich. Zu einzelnen Bestimmungen äussert die Regierung in der Vernehmlassung allerdings Vorbehalte. So spricht sie sich gegen eine kostenlose Rechtsberatung für Asylsuchende aus. Dies berge das Risiko, dass die Schweiz als für Asylsuchende an Attraktivität gewinne. Die Regierung beantragt laut der Ständekanzlei deshalb, den Anspruch auf eine unentgeltliche Rechtsvertretung zu streichen.

Grundsätzlich seien neben der Verfahrensbeschleunigung auch im Bereich des Wegweisungsvollzuges Verbesserungen umzusetzen. So müssten auf Gesetzesebene klare Haftgründe geschaffen werden, die es den mit dem Wegweisungsvollzug beauftragten Kantonen erlauben, nach Eröffnung eines erstinstanzlichen Wegweisungsentscheids ausländerrechtliche Zwangsmassnahmen anzuordnen. «Schnellere Verfahren allein garantieren noch keinen besseren Vollzug der Wegweisungen», so die Regierung.

Vielmehr werde der Anteil rechtskräftig abgewiesener Asylsuchender ohne Aufenthaltsperspektive in der Schweiz stark zunehmen. Damit steige das Risiko, dass sich die Kosten für die Nothilfe massiv erhöhen werden. Davon betroffen würden vor allem diejenigen Kantone sein, die keine Bundeszentren auf ihrem Kantonsgebiet haben. Der Bund soll deshalb auch künftig eine kostendeckende Nothilfepauschale an die Kantone ausrichten, so die Forderung. (BT)